

PRESSEMITTEILUNG – 01. Februar 2019

Gesundheitsminister erfreut über späte Einsicht der CSP Antoniadis schlägt Studienförderung für Hausärzte vor

Mehrfach seit 2017 hat Gesundheitsminister Antonios Antoniadis sich bei seiner föderalen Amtskollegin Maggie De Block für die Einführung einer Landarztquote stark gemacht und ihr hierfür Brandenburg als Modellbeispiel ans Herz gelegt. Wenngleich der CSP diese Forderung seit Langem bekannt ist, freut sich der Minister über die späte Einsicht der CSP und angekündigte Unterstützung in diesem wichtigen Anliegen.

„Ich habe diese Forderung im Parlament immer wieder mitgeteilt. Die klare Position der Regierung müsste der CSP demnach eigentlich bekannt sein. Ich würde mir wünschen, dass die CSP die Regierung unterstützt, statt aus wahltaktischen Gründen den Eindruck zu erwecken, die Regierung hätte keine klare Haltung in dieser Angelegenheit“, teilte der zuständige Minister in einem Pressecommuniqué mit.

Bisher habe sich De Block allerdings nicht auf den Vorschlag eingelassen, mit der Begründung, dass der Beruf ein liberaler Beruf bleiben müsse.

Aus Sicht des DG-Gesundheitsministers bringe die von der CSP ins Feld geführte Gesetzgebung aus NRW keine Bewegung in die Sache. Schließlich mangle es nicht an Lösungsansätzen, sondern an der Bereitschaft der Ministerin, überhaupt eine Landarztquote einzuführen oder in sonst einer Form die Situation der Deutschsprachigen zu berücksichtigen.

Antoniadis warnt aber davor, in einer Landarztquote ein Allheilmittel zu sehen. Sie alleine löst nämlich das Problem der hausärztlichen Versorgung nicht. *„Wir haben zwar mehr Hausärzte als früher in Ostbelgien. Der Beruf ist aber generell im Vergleich zu einer fachärztlichen Ausbildung weniger attraktiv und lukrativ“,* so der Minister.

An dieser Stelle seien der Föderalstaat und die Gemeinschaften gefordert. Es ist ihre Aufgabe, die Attraktivität der Tätigkeit als Allgemeinmediziner zu steigern.

Eine Möglichkeit, um langfristig mehr deutschsprachige Ärzte zu haben, die sich verpflichten, in der DG zu arbeiten sieht der Minister in einer besonderen Studienförderung für Medizinstudenten.

„Das wird ohne erhebliche Mehrkosten für die Gemeinschaft nicht möglich sein, aber wir sollten uns einer Diskussion darüber nicht verschließen“, so Antoniadis, der abschließend versprach, bei den anstehenden Gesprächen zu den Plänen von De Block zu den Inami-Nummern erneut die Position der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorzubringen und eine

Sonderlösung einzufordern, die es erlaubt, ausreichend deutschsprachige Ärzte zu bekommen.